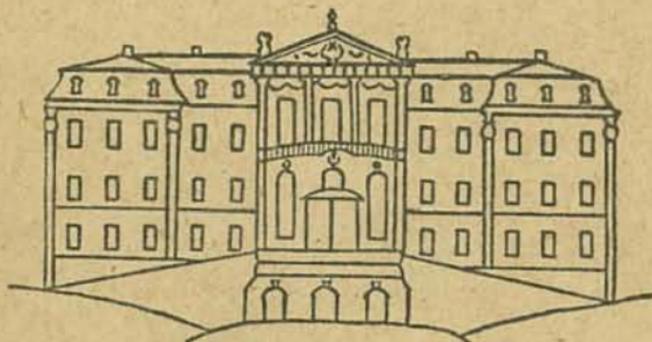


Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

Entscheidung des Christen für die Sache
der Nation



81

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

Entscheidung des Christen für die Sache
der Nation

1962

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Das Heft enthält den Wortlaut einer Gastvorlesung, die der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates und Generalsekretär der CDU am 7. Juni 1962 vor den Angehörigen der Theologischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig gehalten hat.

I.

Das vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zur Diskussion gestellte Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands“ charakterisiert den historischen Standort des deutschen Volkes in der Gegenwart und zeigt gleichzeitig den Weg in eine friedliche Zukunft.

In der Geschichte unseres Volkes hat es verschiedene Bemühungen um solche grundsätzliche Selbstbesinnung und gesellschaftliche Neuorientierung gegeben. Man denke etwa an die Humanisten und Reformatoren um die Wende des 15. zum 16. Jahrhundert, an Lessing und Herder, Schiller und Goethe in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts oder an Marx und Engels in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Unsere heutigen Bemühungen um eine historische Standortbestimmung unterscheiden sich von denen der Vergangenheit dadurch, daß diese heute nicht mehr nur eine Angelegenheit der Dichter und Denker, der Intelligenz der Nation ist. Heute ist in unserer Republik jeder Staatsbürger zum Mitdenken aufgefordert, weil jeder den weiteren Weg unseres Volkes mitzuverantworten hat. Dieser Unterschied macht deutlich, daß im Sozialismus das Volk nicht mehr Objekt, sondern Subjekt der Geschichte ist. Damit soll nicht gesagt werden, daß bereits alle Bürger unserer Republik diese Verantwortung erkannt hätten. Indem sich das Nationale Dokument aber an alle – auch an die Bürger in Westdeutschland – wendet, will es ihnen gerade helfen, diese Verantwortung wahrzunehmen.

Bevor wir uns einigen Fragen zuwenden, die in diesem Grundsatzprogramm des Nationalrates aufgeworfen werden, gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen.

Die erste bezieht sich auf das Verhältnis der Geschichte zur Gegenwart. Wenige Wochen vor seinem Tode schrieb der große katholische Dichter Reinhold Schneider in seinem inzwischen unter dem Titel „Winter in Wien“ erschienenen Tagebuch seines letzten Aufenthaltes in der österreichischen Metropole:

„Wir kommen aus fernsten Zeiten, sind Söhne unzähliger Geschlechter, Erben dessen, was sie getan – und es ist Gebot, sie im Bewußtsein zu tragen. Da eben der Mensch der in der Geschichte Stehende ist – zwischen der Sünde und dem Heil –, so kann er nicht sein, was er sein soll, wenn der durchwanderte Weg und die auf ihm schritten, ihm nicht gegenwärtig sind.“

Dieser Tatbestand ist häufig festgestellt worden: daß zum Menschsein notwendig Geschichtsbewußtsein gehört, daß nur der imstande ist, Gegenwart und Zukunft zu bewältigen, der weiß, woher er kommt. In diesem Sinne ruft das Nationale Dokument zu einer Besinnung auf unsere Geschichte; in diesem Sinne fordert es, aus dieser Geschichte zu lernen. Das ist für uns Deutsche eine besondere Notwendigkeit. Hat doch der Widerspruch zwischen der Politik der herrschenden Klassen und den Interessen des werktätigen Volkes in der historischen Entwicklung unserer Nation häufig besonders krasse und schmerzhaft Formen angenommen. Die Katastrophen der beiden Weltkriege, die Millionen von Menschen das Leben gekostet haben, sind ein Beweis dafür. Es gilt heute zu fragen, wo die Ursachen dieser Fehlentwicklungen liegen und was zu tun ist, um die Wiederholung solcher Katastrophen zu vermeiden.

Damit hängt die zweite Vorbemerkung zusammen. Es kommt für uns darauf an, historische Zusammenhänge aufzudecken und das Wirken ökonomischer und gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten zu erkennen. Das heißt: klares und nüchternes Denken, das sich der Wirklichkeit stellt, ist gefordert. Man hat zwar das deutsche Volk als das Volk der Dichter und Denker bezeichnet. Die Art, in der viele Philosophen in Deutschland dachten, glich jedoch mehr idealistischen Spekulationen und phantastischen Träumereien als dem vernünftigen Erfassen der Wirklichkeit. Der in der deutschen Philosophie zu einer gewissen Blüte gelangte Irrationalismus trägt einen großen Teil Schuld an der verhängnisvollen Entwicklung unseres Volkes. Die Abkehr von dieser Vergangenheit muß beginnen mit der Absage an die gefährliche Zerstörung der Vernunft, mit der Hinwendung zu klarem und nüchternem Denken. Das gilt für die Betrachtung der Vergangenheit genauso wie für die Einschätzung der gegenwärtigen Situation.

Wir können mit Stolz sagen, daß unser Volk ein kluges und fleißiges Volk war und ist. Aber viele Menschen unseres Volkes beschränkten ihre Klugheit auf ihr Fach- und Arbeitsgebiet. Sie dachten nicht darüber hinaus. Sie fragten nicht danach, was mit den Produkten ihres Fleißes und ihrer Klugheit geschehen sollte. Mit Recht sagte der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, in seiner Fernsehansprache vom 15. September vorigen Jahres, daß es heute darauf ankomme, alle Dinge bis zu Ende zu denken.

An diesem Punkte wird der Unterschied, ja der Gegensatz zwischen den beiden deutschen Staaten, der uns im folgenden noch beschäftigen wird, unverkennbar deutlich. Während es in der DDR heißt: „Denken ist die erste Bürgerpflicht“, ist das ganze öffentliche Leben in Westdeutschland bewußt oder unbewußt darauf angelegt, die Menschen vom Gebrauch ihrer Vernunft abzuhalten. In einem Aufsatz in der „Stimme der Gemeinde“ vom 1. August 1961 beschäftigt sich Pfarrer Dr. Werner mit dem Thema „Die Bundestagswahl und wie sie 1957 gemacht wurde“. Darin wird festgestellt: „Denken ist bei uns zulande nicht jedermanns Sache. Im Gegenteil, es scheint in dem Maße abzunehmen, in dem unser Wohlstand zunimmt.“ Der bekannte Stuttgarter Pfarrer nennt auch Ursachen dafür: die allgemeine Propaganda behandle den Wähler bewußt als unmündiges Objekt. Wenn man von den ersten Jahren nach 1945 absehe, so sei in Westdeutschland kaum etwas für die politische Bildung des Staatsbürgers getan worden. Auf diese Weise werde der Bürger einer Wahlpropaganda ausgeliefert, die nicht mit Argumenten arbeite, sondern wie die kapitalistische Verkaufspropaganda mit psychologischen Tricks.

Der junge katholische Schriftsteller Christian Geißler, dessen aufrüttelndes Buch „Anfrage“ vor einem Jahr als Lizenzausgabe im Aufbau-Verlag herausgekommen ist, hat in seiner Rede vor den diesjährigen Ostermarschteilnehmern in Frankfurt am Main auf den Zusammenhang zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen in Westdeutschland und der politischen Verdummung des Staatsbürgers hingewiesen. Er gab auf dieser Kundgebung die Parole aus: „Wir müssen durchschauen lernen.“ Er sagte weiter:

„Wir müssen uns endlich weigern, zu lernen, der Mensch sei blöd und politisch machtlos von Natur. Denn das ist nicht richtig! Richtig ist, daß die politische Blödigkeit und die politische Ohnmacht des Menschen gemachte gesellschaftliche Bedingungen hat. Diese Bedingungen kann man unangetastet lassen. Dann wird es weiter mit uns gehen wie bisher: sehr dumm, sehr eigennützig, sehr menschenverächtlich. Man kann diese Bedingungen aber auch antasten. Man kann sie wirksam angreifen lernen. Man kann lernen, wie es vernünftig und vergnüglich vorwärts geht mit den Menschen. Und das lernen ist jetzt dran! ... Bisher falsch gemachtes kann künftighin richtiger gemacht werden.“

Darin wird der Gegensatz zwischen den beiden deutschen Staaten sichtbar, daß die Forderung nach dem Durchdenken der Situation in Westdeutschland von den Kräften der Opposition erhoben wird, während sie bei uns zu den Grundprin-

zipien unseres politischen Lebens gehört. Wir sagen: „Ar-
beite mit, plane mit, regiere mit.“ Unser ganzes
öffentliches Leben appelliert an Vernunft und Einsicht jedes
Menschen. Gewiß, es mag bequemer sein, nicht allzu konse-
quent und scharf zu denken. Denn auch Denken bedeutet eine
Anstrengung, vor allem, wenn es nicht im Bereich des Intel-
lektuellen verharren will, wenn es zur Tat werden soll. Ich
möchte mich nicht in die Bereiche Ihres Fachgebietes begeben.
Aber ich meine doch, sagen zu können, daß der Christ sich
am allerwenigsten einer solchen Forderung entziehen kann.
Die Aufforderungen zur Wachheit und Nüchternheit, von de-
nen die Briefe des Neuen Testaments voll sind, haben wohl
auch ihren intellektuellen Aspekt. Auf einer kirchlichen Ta-
gung in Berlin sagte jedenfalls erst kürzlich ein Pfarrer, Den-
ken sei nicht nur Bürgerpflicht, es sei heute und hier auch
Christenpflicht.

II.

Nach diesen Vorbemerkungen möchte ich nun zunächst et-
was sagen über einige historische Besonderheiten in der Ent-
wicklung Deutschlands. Es ist notwendig, diese Eigentümlich-
keiten ins Auge zu fassen, weil manche Probleme und Auf-
gaben unserer Gegenwart erst in diesem Zusammenhang
recht verstanden werden können. Das Nationale Dokument
beschreibt die Besonderheiten der deutschen Entwicklung im
19. Jahrhundert folgendermaßen:

*„Im 19. Jahrhundert konnte in Deutschland die bürger-
liche Revolution nicht siegen, weil der Widerspruch zwi-
schen den Lebensinteressen der Arbeiterklasse und anderer
werkstätiger Schichten und den Profitinteressen der Bour-
geoisie bereits weit entwickelt war. So verbündete sich die
deutsche Bourgeoisie aus Furcht vor dem Volk schon vor
mehr als 100 Jahren mit den reaktionären Feudalherren, mit
den militaristischen, preußischen Junkern gegen die Arbei-
terklasse und alle fortschrittlichen, demokratischen und
patriotischen Kräfte des deutschen Volkes. Der geschichtliche
Auftrag des Bürgertums, der auch die Entfaltung der bürger-
lichen Demokratie und die demokratische Einigung Deutsch-
lands umfasste, blieb unerfüllt.“*

Die Fehlentwicklung Deutschlands beginnt im Grunde be-
reits im 16. Jahrhundert. Das Scheitern des großen deutschen
Bauernkrieges verhinderte, daß unser Volk eine einheitliche
Nation wurde. Während sich Deutschlands Nachbarn zu festen
Nationalstaaten entwickelten, entstand auf deutschem Terri-

torium eine Vielzahl absolutistischer Kleinstaaten. Als dann
im 18. und 19. Jahrhundert zunächst vom Ökonomischen her
die bürgerlich-kapitalistische Entwicklung auf Deutschland
übergriff, mußte das Hauptziel einer bürgerlichen Revolution
— darauf hat Lenin immer wieder aufmerksam gemacht —
zunächst die Herstellung der nationalen Einheit sein.

Es gehört zur Tragik der deutschen Geschichte, daß die na-
tionale Einheit im 19. Jahrhundert nicht auf revolutionärem
Weg herbeigeführt werden konnte. Aus Angst vor dem Prole-
tariat verriet das deutsche Großbürgertum 1848 die Revolu-
tion. Es verbündete sich mit dem Adel, der mit Hilfe der
Bismarckschen „Blut- und Eisen-Politik“ Deutschland von
oben her einigte. So konnte sich im deutschen Bürgertum nie-
mals eine breite und tiefe demokratische Tradition entwik-
keln. Das ist ein Tatbestand, der noch bis in unsere Gegen-
wart nachwirkt. Im Blick auf die allgemeine Entwicklung
zum Kapitalismus in Europa formulierte Karl Marx treffend,
daß das deutsche Bürgertum „die Leiden dieser Entwicklung
geteilt habe, ohne ihre Genüsse, ohne ihre partielle Befriedi-
gung zu teilen“.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich das „Deut-
sche Reich“ unter der reaktionären preußischen Führung zum
aggressivsten und beutegierigsten imperialistischen Staat der
Welt. Seine Forderungen nach einer Neuaufteilung der Welt
wurden zur Ursache des ersten Weltkrieges. Nach dem Zu-
sammenbruch Preußen-Deutschlands ist zwar 1918 formal
eine bürgerliche Demokratie errichtet worden. Bei der Grün-
dung der Weimarer Republik wiederholte sich jedoch die ver-
hängnisvolle Frontstellung von 1918. Der neue Staat wurde
abermals ein Staat der Großbourgeoisie und des Junkertums
gegen die Arbeiterklasse. Seine Entwicklung hin zum Faschis-
mus, dem er legal zur Macht verhalf, war von dieser Aus-
gangsposition her in gewissem Sinne folgerichtig.

Zu den Besonderheiten der Entwicklung Deutschlands ge-
hört es also, das

1. die revolutionären Traditionen im wesentlichen auf das
Proletariat beschränkt blieben und daß
2. die deutsche Arbeiterklasse wie kaum eine andere massiven
materiellen und ideologischen Angriffen und Verfolgungen
ausgesetzt war.

Sie hat unermessliche Opfer im Kampf um die Befreiung
bringen müssen. Mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und
Ernst Thälmann verlor sie einen Teil ihrer fähigsten Führer.

Hunderttausende deutscher Kommunisten und Sozialdemokraten wurden in der Weimarer Republik verfolgt und später in den KZ des Faschismus ermordet.

Von daher wird deutlich, welche große historische Bedeutung die Deutsche Demokratische Republik als erster Arbeiter- und Bauern-Staat in der deutschen Geschichte hat. Mit ihm ist die Plattform geschaffen, von der aus eine gründliche Aufarbeitung und Bewältigung der deutschen Geschichte vorgenommen, von der aus die lebensnotwendige Wendung in der Entwicklung unseres Volkes vollzogen werden kann. In ihm wird der unser Volk immer wieder zerreißen Widerstand der Klasseninteressen aufgehoben, weil die Interessen der Arbeiterklasse mit denen der ganzen Nation übereinstimmen.

In diesem Zusammenhang muß aber noch etwas anderes hervorgehoben werden. Es gehört zu den Besonderheiten Deutschlands, daß es in den letzten 400 Jahren ein im wesentlichen vom Protestantismus mitbestimmtes Land war. Eine gewisse Problematik und Fehlentwicklung setzte in Deutschland bereits in der Reformationszeit ein. Ohne die geistliche, kirchengeschichtliche und kulturelle Bedeutung Martin Luthers im geringsten schmälern zu wollen, müssen wir doch klar erkennen, daß Luther mit bestimmten Entscheidungen in seinem Leben, daß vor allem aber seine Nachfolger diese Entwicklung gefördert haben. In seinem Beitrag für eine Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. D. Erich Hertzsch schreibt Pfarrer Gerhard Bassarak zu diesem Problem:

„Luther stand unter dem doppelten Eindruck der Bedrohung des Reiches — und das hieß damals für ihn des Christentums — durch den Türken und der Erschütterung der inneren Ordnung durch die Bauernkriege. Daher kommen seine Grundentscheidungen für die kriegführende Obrigkeit — wie sie im Hintergrunde seiner Gelegenheitsschrift stehen, ob ein Kriegsmann im seligen Stande sein kann — und gegen die Revolution.“

Unter dem Eindruck dieser Entscheidung Luthers hat das Luthertum der folgenden Jahrhunderte kräftig mitgeholfen, dem deutschen Bauern und Bürger jene Untertanenideologie einzuprägen, die — wie Hugo Preuß noch 1919 feststellte — das deutsche Volk zum „regierbarsten Volk der Welt“ machten. Der Typ des Untertans gehört zu den charakteristischen Merkmalen der deutschen Entwicklung. Er hat mannigfache Wandlung durchgemacht. In seinem Wesen ist er sich jedoch gleichgeblieben.

Vor allem im Raum der Kirche wirkt die Untertanenideologie auch heute noch nach. Es ist eine Herausforderung des Nationalen Dokuments an die Kirche in der DDR, an diesem Punkt ihre Haltung gegenüber Politik und politischer Mitverantwortung zu überprüfen. In einer Zeit größter gesellschaftlicher Wandlungsprozesse kann eine antirevolutionäre Grundentscheidung nur verhängnisvolle Auswirkungen haben. Gerade im sozialistischen Staat kann der einzelne Staatsbürger seine politische Verantwortung nicht auf die „Obrigkeit“ abschieben. Denn Obrigkeit sind im Grunde wir alle. Wir alle arbeiten mit, wir alle planen mit, und indem wir dies bewußt und verantwortlich tun, regieren wir mit, bestimmen wir mit den Weg unseres Volkes.

III.

Der englische Historiker Geoffrey Barraclough, der vor 15 Jahren ein weithin bekannt gewordenes Buch über die Grundlagen des modernen Deutschland geschrieben hat, nahm vor etwa einem halben Jahr in den in Köln erscheinenden „Blättern für deutsche und internationale Politik“ erneut zum Deutschlandproblem Stellung. Dabei verglich er die Spaltung unseres Vaterlandes mit der nun bereits seit 40 Jahren bestehenden Teilung Irlands und fügte hinzu, daß es solche Entwicklungen in der Geschichte immer wieder einmal gebe. Man müsse sich eben damit abfinden. Dem sonst so guten Kenner der deutschen Geschichte ist bei diesem Vergleich offensichtlich ein wesentlicher Fehler unterlaufen. Die Spaltung Deutschlands ist nicht ein geographisches Problem. Sie besteht auch nicht darin, daß es in den beiden Teilstaaten verschiedene Konzeptionen einer kapitalistischen Politik gebe. Ihr eigentliches Charakteristikum beschreibt das Nationale Dokument:

„So stehen sich heute zwei deutsche Staaten auf deutschem Boden feindlich gegenüber. Jeder von ihnen verkörpert ein grundsätzlich anderes Deutschland, grundsätzlich verschiedene deutsche Traditionen.“

Es heißt in diesem Dokument weiter:

„In der Deutschen Demokratischen Republik, in der Imperialismus und Militarismus ein für allemal überwunden sind, in der die Ausbeutung der arbeitenden Menschen für immer beseitigt ist, verkörpern sich die demokratischen, humanistischen, friedlichen und sozialistischen Traditionen des deutschen Volkes. Hier regiert das Volk — Kommunisten und Nichtkommunisten, Christen und Atheisten —, vereint

in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und im Block der demokratischen Parteien. Hier hat alles seine Heimstatt, was es in der deutschen Geschichte an Gutem, Schönem und Fortschrittlichem gibt.“

Und schließlich:

„In der westdeutschen Bundesrepublik herrschen heute wieder Menschenverachtung, Ausbeutung, klerikales Dunkelmännertum, Geld- und Eroberungsgier und Militarismus. Das heißt, in der westdeutschen Bundesrepublik wird — durch eine Scheindemokratie getarnt — alles konserviert und belebt, was es in der deutschen Geschichte an Rückständigem, Barbarischem und Unmenschlichem, an Dummheit und Borniertheit — gegen das eigene Volk und gegen andere Völker — gibt. Dieser westdeutsche Staat ist der Vergangenheit, einer überlebten Zeit der Ausbeutung und des Krieges zugewandt.“

Die Feststellung, daß sich die beiden deutschen Staaten heute feindlich gegenüberstehen, hat bei einer Anzahl unserer Bürger eine emotionale Abwehrreaktion hervorgerufen. Es ist ihnen unerträglich, zu hören, daß Deutsche anderen Deutschen feindlich gegenüberstehen sollen. Das scheint zunächst eine ganz gesunde Reaktion zu sein, denn auch im Nationalen Dokument heißt es an einer anderen Stelle:

„Heute stehen diese beiden deutschen Staaten sich feindlich gegenüber. Das ist unerträglich, aber leider Tatsache.“

Freilich, wer die Geschichte unseres Volkes kennt, der weiß, daß es leider bisher immer so gewesen ist, daß Deutsche andere Deutsche bekämpft, verfolgt und umgebracht haben. Genauer gesagt: Die Feudalherren des Mittelalters haben Bauern ausgebeutet und, wenn sich diese dem widersetzen, gefangengenommen und erschlagen. Oder die schlesischen Tuchfabrikanten haben im Jahre 1844 auf die aufständischen Weber schießen lassen.

Auf einer Kreisdelegiertenkonferenz der Christlich-Demokratischen Union in Meiningen trat kürzlich der stellvertretende Bürgermeister dieser Kreisstadt, ein christlicher Demokrat, mit einem interessanten Diskussionsbeitrag auf. Er hatte sich einige Tage im Archiv der Stadt zu schaffen gemacht, um das, was das Nationale Dokument allgemein sagt, für die Bürger seiner Stadt anschaulich zu machen.

Gestatten Sie mir, zwei Dinge aus diesem Diskussionsbeitrag hier zu zitieren:

„Und wieder war es ein Bischof von Würzburg, Konrad von Thüringen, der nach dem verlorenen Bauernkrieg in unsere Stadt kam und unsere Vorfahren, die sich auf die Seite der revolutionären Bauern gestellt hatten, peinigte und noch mehr

als vorher unterdrückte. Meiningen verlor viele seiner alten Rechte und hatte erhebliche Entschädigungen zu leisten. Auf dem Marktplatz in Meiningen ließ der hohe Geistliche Herr 17 Bürger durch das Schwert hinrichten. Darunter befand sich auch der greise Pfarrer Kellermann, dem der Bischof keine Gnade einräumte. Mordend zog der Bischof in seinem Lande umher und ließ nicht weniger als 269 Bürger und Bauern auf bestialische Weise ermorden. So wurden viele geschändet, wie die 56 Bauern aus Ostheim. Sie wurden an Bäume gebunden und ihnen mit glühenden Eisen die Augen ausgebrannt.“

Nach dem Bauernkrieg, also mitten in einer Zeit, die man als „friedlich“ bezeichnete, geschah dies von einem deutschen Bischof an deutschen Bürgern und deutschen Bauern. Oder:

„Seit 1680 waren es die Herzöge von Sachsen. Sie führten ein Schlemmerleben auf Kosten des Volkes. Der erste Herzog dieses Hauses ließ noch vier Menschen wegen Hexerei hinrichten und verkaufte eine ganze Kompanie Soldaten an die Republik von Venedig, wobei er für jeden 36 Taler erhielt. Bis auf einen Offizier kamen alle um.“

Was war das für eine „Freundlichkeit“, die der hohe Herr hier seinen Untertanen erwies? Die deutsche Geschichte ist voll von solchen Geschehnissen bis hin in die Zeit der Weimarer Republik, in der Freischärler Arbeiter ermordeten, und bis in die KZ des Faschismus, in denen der Massenmord an deutschen Patrioten perfektioniert wurde. Dazu sagt das Nationale Dokument:

„Gefährlicher Feind des deutschen Volkes war immer und immer wieder jene kleine herrschende Schicht, die sich die Früchte der Arbeit des Volkes aneignete und seinen Fleiß und sein Talent mißbrauchte, um Raubkriege gegen andere Völker zu führen.“

So war es immer in der deutschen Geschichte. Heute hat sich eines grundlegend geändert. Zum erstenmal in der Geschichte unseres Volkes sind die Söhne der Arbeiter und Bauern, die sich bisher wehrlos abschlachten oder in den Krieg für fremde Interessen treiben lassen mußten, nicht mehr macht- und wehrlos. Zum erstenmal gehört ihnen ein ganzer Staat. Und dieser Staat schafft mit seiner Existenz die Grundlage und Voraussetzung dafür, daß dieses in der Tat unerträgliche Gegeneinander von Deutschen überwunden werden kann.

Wie die Geschichte lehrt, kann diese Überwindung nicht durch schöne Worte geschehen, sondern nur dadurch, daß man den Feinden unseres Volkes das Handwerk legt. Ich möchte ausdrücklich unterstreichen: Bei dem allen geht es uns nicht um die physische Vernichtung derer, die heute von West-

deutschland aus wieder dabei sind, unser Volk mit sich in den Abgrund zu reißen. Es geht uns buchstäblich nur darum, ihnen dieses Handwerk zu legen, d. h. zu verhindern, daß sie abermals Millionen von Menschen in Tod und Elend stürzen.

Es versteht sich von daher von selbst, daß nicht unsere Brüder und Schwestern in Westdeutschland unsere Feinde sind, sondern jene, die aus der Geschichte nichts gelernt haben, denen zur Erweiterung ihrer politischen und ökonomischen Macht jedes Mittel recht ist.

Um den Tatbestand des Gegeneinander der beiden deutschen Staaten aus der Sphäre des Emotionalen zu heben, möchte ich in folgendem an einigen Punkten deutlich machen, worin dieses Gegeneinander im einzelnen besteht und wie die Entscheidung des Christen in dieser Situation nach meiner Einsicht ausfallen mußte.

IV.

Im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel ist die Erhaltung des Friedens zur Existenzfrage der Menschheit geworden. Daß der Christ sich in der Friedensfrage besonders gefordert weiß, versteht sich beinahe von selbst. Er wird nicht den Unterschied zwischen dem Frieden, den Gott schenkt, und dem, den wir auf Erden zwischen Völkern und Menschen herstellen und halten müssen, verwischen. Er wird auch nicht die zur Lebensnotwendigkeit gewordene Ordnung eines internationalen Friedens mit dem Friedensreich Jesu Christi verwechseln. Aber gerade weil er sich vom Frieden Gottes beschenkt weiß, wird er alles tun, um an der Herstellung einer dauerhaften Friedensordnung mitzuwirken. Auf der III. Prager Christlichen Friedenskonferenz führte Prof. Dr. Helmut Gollwitzer zum Thema „Auf dem Wege zu einer Friedens-epoche der Menschheit“ aus:

„Im Blick auf den weiteren Weg der Menschheit sehen wir nur mehr die Möglichkeit eines Weiterbestehens der Menschheit, wenn kriegerische Auseinandersetzungen unmöglich gemacht werden. Die Menschheit wird jetzt in eine Friedens-epoche eintreten müssen — oder es wird mit ihr zu Ende sein. Weil wir in dieser Alternative stehen, darum bekommt die Arbeit für den Frieden eine so große Dringlichkeit.“

Und in seiner Eröffnungspredigt auf der I. Allchristlichen Friedensversammlung im Juni vorigen Jahres sagte Prof. Dr. Heinrich Vogel:

„Das ‚Ehre sei Gott in der Höhe‘ und das ‚Friede auf Erden‘ gehören unlöslich zusammen. Ja, es geht eigentlich nicht um den Frieden im Himmel, der wahrhaftig nicht unsere Sorge zu sein braucht, sondern darum, daß der Friede, den der ewige Gott für alle Ewigkeit mit uns geschlossen hat, hier in der Zeit unter uns gelebt und praktiziert wird. So wahr der Friede Gottes höher ist nicht nur als alle Vernunft, sondern als die Zeit und alle ihre Mächte, als der Tod, die Schuld und alle Höllen unserer Existenz, so wahr will Gott in seiner Gnade Frieden auf Erden.“

Es ist nun zu fragen, was die beiden deutschen Staaten getan haben, um ihren Beitrag zur Herstellung einer dauerhaften Friedensordnung zu leisten. — Lassen Sie mich noch einmal den englischen Historiker Geoffrey Barraclough zitieren. Er schreibt in dem schon erwähnten Aufsatz:

„Die schwerwiegendste Anschuldigung, die man gegen die Bonner Außenpolitik der letzten zehn Jahre erheben kann, ist, daß sie keine Außenpolitik der Bundesrepublik, sondern eine Außenpolitik eines Deutschlands war, das 1945 aufgehört hat zu existieren. Sie war weniger beschäftigt mit der legitimen Aufgabe, die Interessen der Bundesrepublik zu sichern und ihren Stand unter den Nationen der Welt zu verbessern, als damit, Ansprüche im Namen eines hypothetisch geeinten Deutschlands vorzubringen, die unter heutigen Bedingungen nur als ein Produkt der Vorstellung alter Männer angesehen werden können, die sich selbst nicht von der Vergangenheit lösen können.“

Prof. Barraclough bezeichnet die Vertiefung der Spaltung Deutschlands als „Konsequenz westdeutscher Intransigenz“. Die Entstehung zweier deutscher Staaten sei ein Resultat des Krieges. Er fügt hinzu:

„Dies sind die Tatsachen, die umzustoßen niemand die Absicht hat, am allerwenigsten unter der trügerischen Parole der Selbstbestimmung, die Hitler benutzte, um Österreich, die Tschechoslowakei und Polen zu zerstören.“

Das Fazit, das der englische Historiker zieht, ist klar: Die westdeutsche Politik hat in den vergangenen Jahren nicht nur nichts zur Sicherung des Friedens getan. Sie hat die Friedensbemühungen anderer erheblich gestört, weil es eine Politik war und ist, die — wie er wörtlich schreibt —

„im Endergebnis davon träumt, den amerikanisch-sowjetischen Konflikt auszubeuten, um die Ergebnisse des Krieges von 1939 bis 1945 ungeschehen zu machen.“

Gerade die Ereignisse der letzten Wochen beweisen die Richtigkeit dieser Feststellungen. Die Ultras in Bonn und Westberlin griffen mehrmals zu Mitteln der offenen militäri-

schen Provokation, um die zwischen dem amerikanischen Außenminister Rusk und dem sowjetischen Botschafter Dobrynin in Washington geführten Gespräche zu stören und, wenn möglich, zum Scheitern zu bringen. Der Mord an Peter Göring ist nur das sichtbarste Zeichen dieser Kriegsprovokationen. Jede Entspannung kommt den Politikern in Bonn ungelegen, denn ihre revanchistischen Ziele lassen sich — ganz gleich, wie sie das propagandistisch darstellen — nur durch militärische Aggression erreichen.

Daß die Gefährlichkeit dieser westdeutschen Politik auch im westlichen Ausland immer klarer gesehen und deutlicher empfunden wird, daß man dort zu Wachsamkeit gegenüber dem neuerstandenen Imperialismus in Westdeutschland ruft, beweist u. a. der Artikel eines holländischen Theologen. Dr. Albert Jan Rasker, Professor für Altes Testament an der Universität Leiden, hat in der Mai-Nummer der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ „Erwägungen zur deutschen Frage“ veröffentlicht. Darin schreibt er u. a.:

„Im Oktober 1961 zeigte die Wochenschau im Nürnberger Bahnhofs-Kino stolz den Stapellauf des neuesten deutschen U-Bootes. Es wurde mitgeteilt, der erste Typus sei der von 1914, der zweite der von 1940, und dieses sei der dritte, dessen nautische Vorzüglichkeiten gerühmt wurden. Die Taufhandlung verrichtete die Frau des höchstdekorierten und noch lebenden U-Boot-Kommandanten des zweiten Weltkrieges. Es sei dem Holländer, der da zufällig im Kino saß, vergeblich, daß er sich recht unbehaglich fühlte. Er dachte daran, wie zur selben Zeit das neue Ostsee-Kommando der NATO vorbereitet wurde, das dann im Dezember unter gemeinsamer dänisch-westdeutscher Leitung zustande kam. Die ‚Nieuwe Rotterdamse Courant‘ teilte am 7. 12. 61 mit, in dieser Angelegenheit sei schon ein Meinungsunterschied zwischen den Dänen und den Deutschen an den Tag getreten, dahingehend, daß die Dänen rein defensiv gerichtet seien, die Deutschen aber die Notwendigkeit offensiver Möglichkeiten innerhalb eines defensiv gemeinten Aufbaues betonen.“

Das ist es, was Bonn unter der NATO versteht, unter dem Deckmantel eines sog. Verteidigungsbündnisses „offensive Möglichkeiten“ einzukalkulieren! Das ist das Ziel der deutschen Imperialisten, die in Westdeutschland wieder zur Herrschaft gelangt sind. Das Nationale Dokument bringt diesen Tatbestand klar zum Ausdruck:

„In gewohnter unheilvoller Verkennung der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft und des Kräfteverhältnisses, wie es sich nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt hat, entschloß

sich die in ihrer Herrschaft jetzt auf Westdeutschland beschränkte Großbourgeoisie zur Wiederaufrüstung und Revanchepolitik. Der Anschluß an das aggressive amerikanische Militärbündnis — die NATO — sollte es ihr ermöglichen, unter den neuen Bedingungen ihre alte, der deutschen Nation so verderbliche Politik der Aggression fortzusetzen. Das ist der Lebenszweck des westdeutschen Staates, der westdeutschen Bundesrepublik.“

Wir müssen uns immer wieder die Tatsachen vor Augen stellen, auf Grund deren diese Einschätzung getroffen wurde:

- In Westdeutschland erstand nach 1945 der deutsche Imperialismus neu, der unser Volk und die halbe Welt zweimal in einen Abgrund von Blut und Tränen gestürzt hat.
- In der westdeutschen Wirtschaft sitzen erneut die Männer und deren Nachfolger in leitenden Stellungen, die Hitlers Krieg finanzierten.
- Im Justizapparat des westdeutschen Staates geben Richter den Ton an, die treue Diener der faschistischen Machthaber waren.
- Im diplomatischen Dienst Bonns stehen Leute, die sich ihre Sporen in der Außenpolitik Ribbentrops verdient haben.
- In der westdeutschen NATO-Armee haben hohe Nazioffiziere die Befehlsgewalt, die Hitlers Raubkrieg in die Länder Europas getragen haben, die heute Blitzkriegspläne gegen die DDR und das sozialistische Lager entwerfen und die nach Atomwaffen schreien, mit denen sie diese Pläne realisieren können.

Hunderte, niemals von Bonn dementierte, Veröffentlichungen und Aussprüche einflußreicher Vertreter des westdeutschen Staates enthüllen die wahren Pläne des deutschen Militarismus, der sich mit seiner Niederlage im zweiten Weltkrieg nicht abfinden will.

Es kommt heute alles darauf an, daß wir die Gefährlichkeit dieser Dinge nicht bagatellisieren. Unser Volk hat es schon einmal bitter bezahlen müssen, daß es ähnliche Warnungen in den Wind schlug. 1932 war es Ernst Thälmann, der den Deutschen zurief: Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg. Weite Teile des deutschen Bürgertums und auch der deutschen Christenheit hielten diese Warnung damals für einen kommunistischen Propagandatricks. Wir alle haben die Mißachtung dieser Mahnung bitter bezahlt. Lassen wir uns deshalb auch heute nicht davon abhalten, klar und nüchtern den Dingen auf den Grund zu gehen. Und dieser Grund heißt (nach dem Nationalen Dokument):

„Solange die Konzerne, Großbanken und ihre Militaristen auch nur in einem Teil Deutschlands die Herrschaft ausüben, ist die physische Existenz des ganzen deutschen Volkes bedroht, ist seine Einheit unmöglich.“

Das ist die andere Erkenntnis, die das Nationale Dokument ausspricht: Die Wiedervereinigung Deutschlands ist nicht mit Militaristen und Imperialisten möglich. Denn heute kann die Einheit unseres Vaterlandes niemals Selbstzweck sein. Nur eine Wiedervereinigung, die ein Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa ist, liegt auch im Interesse unseres Volkes. Eine Wiedervereinigung unter der Herrschaft des deutschen Militarismus würde zum dritten Weltkrieg führen.

Das ist eine Erkenntnis, die auch von westlichen Politikern und Publizisten seit Jahren immer deutlicher vertreten wird. Der holländische Radiosprecher Sluysen hat kürzlich in einem Rundfunkkommentar festgestellt:

„Hundert Jahre lang hat die deutsche Einheit gedauert, hundert Jahre lang war die Einheit eines deutschen Machtstaates ein deutscher Traum und ein europäischer Alpdruck.“

Das Urteil, das Professor Dr. Rasker in seinem bereits erwähnten Aufsatz über die Politik Adenauers fällt, lautet folgendermaßen:

„Der Mann, der dem deutschen Volke wiederholt als höchste Weisheit vorhielt: ‚Nur keine Experimente‘, dieser Mann ist dafür verantwortlich, wenn er das verhängnisvolle Experiment wagt, den Lauf der Dinge sich selber zu überlassen. Er hat gemeint, Politik sei die Kunst, im Heute möglichst viel vom Gestrigen aufrechtzuerhalten, und er hat nicht gewußt, daß die Welt nur fortbestehen, die Menschheit nur Zukunft haben kann, wenn das Neue gewagt wird, ja daß etwas wahrhaft Neues nur denen geschenkt wird, die das unmöglich Scheinende wagen.“

Das ist ein vernichtendes Urteil über die Bonner Politik. Wenn in Deutschland nach 1945 wirklich Neues gewagt wurde, dann in der Deutschen Demokratischen Republik. Schon daß dieser unser Staat seit seiner Gründung konsequent eine Politik des Friedens und der Verständigung betrieb, ist etwas völlig Neues in der deutschen Geschichte.

Aus der Erkenntnis heraus, daß eine friedliche Regelung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten zueinander nicht nur für Deutschland selbst, sondern für ganz Europa einen wesentlichen Schritt zur Stabilisierung des Friedens bedeuten würde, hat sich die DDR mehr als einhundertfünfzigmal mit Vorschlägen über Verständigung, Rüstungsbeschränkungen, Verzicht auf Atomwaffen und ähnliches an die

Regierung in Bonn gewandt. Auf keinen dieser konstruktiven Vorschläge ist jemals eine Antwort erfolgt. Mit Hohn hat Bonn diese Vorschläge zurückgewiesen.

Nachdem im Sommer vorigen Jahres die Volkskammer der DDR noch einmal mit der Verabschiedung des deutschen Friedensplanes gleichsam alle diese Vorschläge zusammengefaßt hatte, stellt nun das Nationale Dokument in seinem VI. Abschnitt über „Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten“ dar, wie ein friedliches Nebeneinanderbestehen der DDR und der Bundesrepublik heute praktisch aussehen könnte. Es leugnet dabei nicht die grundsätzlichen Unterschiede der Gesellschaftsordnung und der politischen Konzeption und die damit notwendig verbundenen ideologischen Auseinandersetzungen. Es meint aber, daß daraus nicht eine Erbfeindschaft zwischen den beiden deutschen Staaten zu entstehen brauche:

„Wir wollen weder einen heißen Krieg noch einen fortwährenden kalten Krieg zwischen den beiden deutschen Staaten. Und wir wollen auch keine Erbfeindschaft zwischen den Deutschen aus Ost und West. Die beiden deutschen Staaten sollen sich nicht hart am Rande eines heißen Krieges gegenüberstehen. Wir sind der Ansicht, daß eine friedliche und vernünftige Zusammenarbeit, daß ein friedliches und vernünftiges Zusammenleben der beiden deutschen Staaten trotz ihrer unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen und Lebensauffassungen durchaus möglich ist.“

Von daher setzt sich das Nationale Dokument für die friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten ein. Friedliche Koexistenz bedeute,

„daß die beiden deutschen Staaten normale wirtschaftliche, kulturelle und auch politische Beziehungen untereinander haben, daß sie auf den verschiedensten Gebieten zusammenarbeiten und auf der Basis der Gegenseitigkeit und völligen Gleichberechtigung ihre Rechte und vernünftigen Interessen achten.“

Das Nationale Dokument schlägt weiter vor, daß das deutsche Volk auf dem Wege der Abrüstung vorangehen sollte. Es tritt für eine vollständige Abrüstung in den beiden deutschen Staaten ein und schlägt den Abschluß eines Friedensvertrages und die friedliche Regelung der Westberlinfrage vor.

Schließlich bezeichnet das Dokument die Konföderation zwischen den beiden deutschen Staaten als den „einzig noch verbliebenen realen Weg zur schrittweisen Wiederherstellung der Einheit des deutschen Volkes“.

Man wird von diesen Vorschlägen sagen müssen, daß sie vernünftig und vorwärtsweisend sind, weil sie von den realen Gegebenheiten ausgehen. Vor allem aber sind sie friedlicher Art und schließen jede Gewaltanwendung aus.

Die Deutsche Demokratische Republik hat sich jedoch bei ihren Friedensbemühungen nicht nur auf Vorschläge zur Regelung der deutschen Frage beschränkt. Immer wieder hat sie auch Beiträge zur Herstellung einer dauerhaften Ordnung des internationalen Friedens angeboten. Das letzte Beispiel eines solchen Vorschlages ist die Denkschrift der DDR-Regierung an den Generalsekretär der UN, U Thant, zum Problem der atomaren Abrüstung. In dieser Denkschrift bekräftigt die Regierung der DDR ihre Zustimmung zum Rapacki-Plan. Sie erklärt sich bereit, zusammen mit der Volksrepublik Polen, der CSSR und der Bundesrepublik eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu bilden.

In einem weiteren Punkt dieser Denkschrift heißt es: „Eingedenk der Verpflichtung des deutschen Volkes, nach zwei Weltkriegen dafür Sorge zu tragen, daß von deutschem Boden nie mehr ein Krieg gegen andere Staaten und Völker ausgeht, ist die Regierung der DDR der Auffassung, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung in beiden deutschen Staaten und ihre militärische Neutralität die erstrebenswerte Lösung ist.“

Schließlich erklärt sich die Regierung der DDR bereit, „eine besondere Kontrolle der Ausschaltung aller Arten von Kernwaffen und der Verminderung der konventionellen Streitkräfte in den beiden deutschen Staaten“ anzunehmen.

Das also ist der Tatbestand in Deutschland: Der eine deutsche Staat — die westdeutsche Bundesrepublik — bemüht sich, die Zustände der Vergangenheit wiederherzustellen und das Rad der Geschichte, wenn nötig mit Gewalt, zurückzudrehen. Der andere deutsche Staat — die Deutsche Demokratische Republik — macht konstruktive Vorschläge zur Entspannung und Verständigung.

Der eine deutsche Staat bezeichnet sich als den Rechtsnachfolger des Hitlerreiches. Er posaunt in alle Welt hinaus, daß es nur ihn und keinen anderen Staat in Deutschland gebe. Er bedroht und erpreßt alle, die nicht wie er bereit sind, die Existenz zweier deutscher Staaten zu ignorieren.

Der andere deutsche Staat aber handelt als der allein rechtmäßige Staat in Deutschland. Er tut das in doppeltem Sinne: einmal, weil er völkerrechtlich die Bestimmungen des Pots-

damer Abkommens erfüllt, und zum anderen, weil er im Innern in eigener Entscheidung die Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen hat. Er hält die Politik des anderen deutschen Staates für falsch und in höchstem Maße gefährlich. Trotzdem aber, oder gerade deswegen ist er bereit, mit diesem Staat zu verhandeln, weil er sich der Verpflichtung bewußt ist, daß von Deutschland unter keinen Umständen noch einmal ein Weltkrieg ausgehen darf.

Dem denkenden Menschen und dem verantwortungsbewußten Christen dürfte es nicht zweifelhaft sein, auf welcher Seite er in Deutschland zu stehen hat — auf der Seite des Staates, dem es um den Frieden und die Zukunft und damit um den Menschen geht.

V.

Im Nationalen Dokument wird mehrfach davon gesprochen, daß in unserem sozialistischen Staat das große humanistische Erbe unserer Geschichte gepflegt und weiterentwickelt wird. Das geistige Leben Westdeutschlands dagegen ist vom Antihumanismus bestimmt. Wie steht es mit diesem Gegensatz?

Natürlich gibt es viele ökonomische und politische Unterscheidungsmerkmale zwischen einem sozialistischen und einem kapitalistischen Staat. Auf sie soll hier nicht näher eingegangen werden. Wir wollen vielmehr vom Standpunkt der Ethik her nach dem Unterschied zwischen den beiden Gesellschaftsordnungen fragen.

Man kann sagen, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung auf der Ichsucht des Menschen aufgebaut ist, auf der „Sanktionierung des privaten Egoismus“, wie der westdeutsche katholische Soziologe Ludwig Auerbach feststellt. Der Egoismus des einzelnen ist der Motor, der das Ganze in Gang hält. Von daher erklärt sich der Konkurrenzkampf aller gegen alle. Dabei frißt freilich der Egoismus der Großen die Kleinen auf, und notwendigerweise endet das Ganze dann immer wieder einmal in einer Krise.

Das ethische Grundprinzip der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist nicht der Egoismus, sondern die Verantwortung für die anderen. Wir bezeichnen nicht umsonst den Sozialismus als den Weg vom Ich zum Wir. Es ist zweifellos bequemer, egoistisch zu reagieren, statt in all seinen Entscheidungen an die anderen zu denken. Aber es ist menschlicher, humanistischer, das Wir anstelle des Ich in den Mittelpunkt zu rücken.

In den Spalten der Wochenzeitung des Kulturbundes „Sonntag“ wird seit einigen Wochen eine Diskussion über die wichtige Frage geführt: „Wie ist unsere Jugend am besten für den Sozialismus zu erziehen?“ An dieser Diskussion beteiligte sich auch ein 26jähriger Student der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“ in Potsdam-Babelsberg. Er nennt in seinem Diskussionsbeitrag zwei seiner Meinung nach wichtige Grundprinzipien der sozialistischen Erziehung. Das erste sei die Erziehung zu klarem und verantwortungsbewußtem Denken, zum zweiten schreibt er: „Die andere Seite ist, und daran sollten besonders alle unsere Studenten denken, die Überwindung des eigenen Ich.“

Ist das nicht ein gutes Beispiel für den lebendigen Humanismus, der immer mehr alle Bereiche unseres Lebens bestimmt? Natürlich ist der Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, wie wir ihn in unserer Republik vollziehen, ein komplizierter Prozeß. Aber es zeigt sich, daß Schwierigkeiten und Pannen bei diesem Aufbau meist dort auftreten, wo Menschen noch egoistisch reagieren, wo sie ihr Ich noch nicht überwunden haben, wo es ihnen schwerfällt, aus der Verantwortung für die Gemeinschaft heraus zu handeln. Es ist mir völlig unverständlich, daß es dann immer noch Christen gibt, die sich über solche Pannen schadenfroh die Hände reiben, weil das angeblich die Unzulänglichkeit der sozialistischen Theorie offenbar mache. Eine solche Haltung von Christen macht jedoch höchstens eine beschämende Abkehr von ihrem eigenen Glauben deutlich. Selbst wenn man den Optimismus des Marxismus in bezug auf den Menschen nicht ganz teilen kann — eines steht wohl außer jedem Zweifel: daß der Christ immer und überall gefordert ist, Fehler bessern zu helfen, die Dinge zum Guten zu wenden und das Füreinander zu stärken — daß hämisches Abseitsstehen niemals eine christliche Haltung sein kann. Für rechtes Miteinander und Füreinander aber hat die sozialistische Gesellschaftsordnung die Voraussetzungen geschaffen. Es ist an uns, dieses Miteinander zu praktizieren.

Der Kapitalismus dagegen ist auf dem Gegeneinander der Menschen aufgebaut. Der schon zitierte Ludwig Auerbach beklagt sich in einem Aufsatz in den „Werkheften katholischer Laien“ bitter darüber, daß der

„Struktur unserer (der kapitalistischen) Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Zwänge zu unchristlichem Handeln entspringen, die stärker als die christlichen Impulse sind“.

Auch im engeren Bereich der Kultur herrscht heute in Westdeutschland ein ethischer Nihilismus und Antihumanismus. Die Darstellung des Abseitigen, des Ohnmächtigen, des Bösen und Zersetzenden gilt als modern. Reinhold Schneider hat den Gegensatz solcher Unmenschlichkeit zur Menschlichkeit gemeint, als er im „Winter in Wien“ schreibt:

„Ich sage nicht, daß der das Gute findet, der es sucht. Aber wer das Schlechte sucht, findet es gewiß. Und es kennzeichnet uns, es brandmarkt uns, daß wir die das Böse Hervorziehenden für klug halten, die das Gute Betonenden für schwach begabt. Und doch fordert es sehr viel mehr Verstand, das Gute zu erkennen, als das Schlechte, verlangt die Darstellung der Vorzüge weit mehr Begabung, als die der Fehler — und sehr viel mehr Willen, Ethos, Humanität, menschliche Weisheit, Persönlichkeit.“

Es ist leichter, ein abstraktes Bild zu malen, in dem das Antlitz des Menschen deformiert wird, als ein realistisches Bild, das die Würde des Menschen — ohne süßliche Sentimentalität — zum Strahlen bringt. Es ist leichter, einen Roman zu schreiben, der die Seelenlage eines Sonderlings analysiert, als einen Roman, der den Menschen in seiner gesellschaftlichen Umwelt, in seinen Siegen und Niederlagen sichtbar macht. Wir haben uns auch hier für den schwereren Weg entschieden, nicht weil es der schwerere ist, sondern weil es der Weg zum Menschen ist. Jeder Künstler trägt eine Verantwortung für die Wirkung seines Werkes. Während die Werke humanistischer Kunst erziehen und aufbauen helfen, liegt die Wirkung nihilistischer und dekadenter Werke im Zerstören und Zersetzen. Wem immer ein deformiertes Menschenbild vorgelegt wird, der wird schließlich selbst keine Hemmungen mehr haben, den Menschen, der ihm gegenübertritt, geistig und vielleicht auch physisch zu zerstören. Der bekannte französische Theologe Georg Casalis hat bei seinen Berichten über die Situation in Algerien auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht. Seit Jahren — so sagt er — stehe die französische Jugend unter dem Einfluß existentialistischer und nihilistischer Kunst. Der bekannte französische Schriftsteller André Gide hat z. B. einen Roman „Die Verließe des Vatikans“ geschrieben, in dem er einen jungen Menschen darstellt, der ein völlig sinnloses Verbrechen begeht. Der junge Mann ermordet einen anderen, nur um zu demonstrieren, daß er sich nicht mehr dem konventionellen Sittengesetz verpflichtet wisse. Was bei Gide Dichtung war, ist heute in Algerien grausigste Wirklichkeit.

In Westdeutschland werden heute die Erzeugnisse Gottfried Benns und seiner Epigonen besonders laut angepriesen (um nur ein Beispiel zu nennen). Benns „Dichtungen“ sind voll von Menschenverachtung und Zynismus. „Laßt doch euer ewiges ideologisches Geschwätz, euer Gebarme um etwas Höheres“, schrieb er einmal. „Der Mensch ist kein höheres Wesen, wir sind nicht das Geschlecht, das aus dem Dunkel ins Helle strebt — wohin wir streben, weiß ich offen gestanden nicht.“ Benn sympathisierte mit dem Faschismus und verspottete die humanistischen deutschen Schriftsteller, die in die Emigration gegangen waren. Eine Jugend, die mit Benn und ähnlicher Nahrung gefüttert wird, soll bereit gemacht werden, kaltblütig die Atomkanone — wenn es sein muß — auf deutsche Menschen und deutsche Städte zu richten. Der Schweizer Literaturhistoriker Walter Mugsch schreibt:

„Das Rätsel Benn ist der nicht durchschaute Zusammenhang zwischen Kunst und Moral. Für uns ist dieser Dichter weder ein Rätsel noch eine Faszination. Die Zukunft der Kunst hängt nicht von einer an sich sinnlosen Schönheit ab, wie die Zukunft der Völker nicht von ihrem Vorrat an Wasserstoffbomben, sondern von ihrem Vorrat an moralischen Energien.“

Die Entwicklung unserer Zeit beweist, daß einzig die junge Gesellschaftsordnung des Sozialismus imstande ist, diejenigen moralischen Energien im Menschen freizusetzen, deren er bedarf, um die vielschichtigen Aufgaben der Gegenwart zu meistern. Der Kapitalismus paralyisiert die guten Kräfte im Menschen.

Sie können sagen: Auch in Westdeutschland gibt es eine große Zahl aufrechter Künstler, die sich dem Humanismus verpflichtet wissen. Allerdings. Aber gerade ihr Schicksal, ihre Situation zeigt noch einmal die ganze Kulturfeindlichkeit des westdeutschen Staates, der sie zur Ohnmacht, zum ohnmächtigen Zuschauer einer Entwicklung macht, die sie ablehnen.

Zu den begabtesten westdeutschen Schriftstellern gehört der von mir schon einmal erwähnte Christian Geißler. Die Münchener Monatsschrift „Kultur“ veröffentlichte aus der Feder Geißlers in ihrer Januarausgabe eine Besprechung des neuesten Romans „Sieg! Sieg!“ von Erich Kuby. Diese Besprechung ist insofern interessant, als sie eine bemerkenswerte Selbsteinschätzung der Position der Nonkonformisten in Westdeutschland enthält. Geißler schreibt:

„Wir wollten Kuby vor dem Spiegel ertappen, aber was uns da dann anschaut aus dem Spiegel, das sind, zusammen mit Kuby, wir selbst: zart, öde, ratlos; entzückend hilflos empört; auf Lebenszeit unpäßlich angepaßt; auf alle Denkzeit nonkonformistisch konform; tauglich, manches besser zu wissen als andere, untauglich, auch nur ein ganz Kleines besser zu machen für andere.“

Das ist deutlich. Über die Hauptperson des Kubyschen Romans — Wolzogen — sagt Geißler weiter:

„... Der Wolzogen hat von Anfang an einen schrecklichen Plan. Zuschauer will er sein. Zuschauer des Krieges. Zuschauer der Dummheit. Chronist der infamen Wirklichkeit. Nichts weiter? Das Buch hört auf, wo es endlich mit dem Wolzogen weitergehen könnte, wo der Zuschauerjob gründlich verpatzt ist. Hört es zufällig gerade da auf? Das Zufall nennen, hieß dem Autor grobe Unachtsamkeit in die Schuhe schieben. Also nicht Zufall. Also ist Zuschauen, ist Notieren mit blasser trauriger Hand, genau traurig notieren, daß Trauriges ist und nicht vielmehr nichts — ist das unser Job? Weinen, weinen, weinen — durch den Tag, durch die Nacht, durch den Tag. Bei Gott, der von Wolzogen ist unser Typ! Und dieser Typ ist aktuell. Oder sind wir etwa nicht aktuell? Wir in unseren Bunkern aus bedrucktem Papier, Winter 61/62; wir mit unserem ratlosen, längst nicht mehr nützlich verfügbaren Realismus des guten Willens? Wir sitzen auf unserem guten Willen herum wie auf einer Kiste mit verrosteter Munition.“

Immerhin, für seine Person jedenfalls versucht Christian Geißler aus dieser Selbsterkenntnis Konsequenzen zu ziehen. In Frankfurt am Main sprach er zu den Teilnehmern des Ostermarsches. Er rief ihnen einen Satz zu, den auch wir beherzigen sollten: „Solange wir unseren Feinden kein gefährlicher Gegner sind, sind wir uns selbst und unserer Sache der gefährlichste Feind.“ Wahrscheinlich ist Christian Geißler gar nicht allzuweit entfernt von der Erkenntnis, daß seine Feinde genau auch unsere Feinde sind — und daß unser Kampf gegen sie nur erfolgreich sein wird, wenn wir ihn gemeinsam führen.

Im Blick darauf wird erst in seiner ganzen Bedeutung verständlich, was Prof. Kurella vor wenigen Tagen vor Dresdener Kulturschaffenden gesagt hat: „Zum bestimmenden Element der zukünftigen Entwicklung Deutschlands — auch seiner Nationalkultur — wird von nun ab immer mehr unsere Deutsche Demokratische Republik.“ Sie ist damit auch das Zentrum des Kampfes gegen Nihilismus und Antihumanismus in Westdeutschland.

Es läßt sich nachweisen, daß hinter diesem Nihilismus, hinter dieser künstlerischen Dekadenz, die sich heute im westdeutschen Kulturleben breitmachen, die Ideologie des Antikommunismus steht. Diese Ideologie, die Thomas Mann als die Grundtorheit unserer Epoche bezeichnet hat, wird solcherart immer mehr zur Ursache für das Grundverbrechen unserer Zeit. In ihrem Namen werden Menschen ermordet und Völker in den Krieg gehetzt. Um ihretwillen werden Sittengesetze über Bord geworfen, wird das Evangelium zur ideologischen Waffe gegen den Sozialismus mißbraucht.

Es dürfte für den Christen keine Frage sein, daß er dieser Ideologie der Zerstörung und des Hasses eine klare Absage erteilt. In der Botschaft der III. Prager Christlichen Friedenskonferenz wird deutlich gesagt:

„Angesichts einer in der Christenheit weit verbreiteten Haltung erklären wir mit großem Ernst: Wer den christlichen Glauben mit dem Antikommunismus identifiziert, fördert jene Kreuzugsideologie, die unvereinbar ist mit dem Kreuz dessen, der für alle Menschen gekreuzigt und auferstanden ist.“

Marxistische Philosophen weisen mit Recht darauf hin, daß die Alternative zum Antikommunismus nicht der Kommunismus ist, sondern die Koexistenz. Der Gegensatz zum Antikommunismus ist der Humanismus. An diesem Punkt zeigt sich eine echte Gemeinsamkeit zwischen Christen und Marxisten.

Es versteht sich von selbst, daß diese Gemeinsamkeit im Zeichen des Humanismus nicht etwa bedeuten kann, den christlichen Glauben in eine humanistische Ideologie aufzulösen. Der Begriff des Humanismus ist die Basis, auf der Christen und Nichtchristen sich zum Kampf für den Menschen vereinen. Er ist das Stichwort, unter dem der Christ seine Solidarität mit dem Nichtchristen praktizieren kann.

Man braucht nicht die theologischen Voraussetzungen von Rudolf Bultmann zu teilen, um in bezug auf das Verhältnis des christlichen Glaubens zum Humanismus zu gleichen oder ähnlichen Schlußfolgerungen zu kommen, wie er sie in einem 1948 veröffentlichten Aufsatz „Humanismus und Christentum“ gezogen hat. Der bekannte Theologe schreibt:

„Nicht der christliche Glaube als solcher, wohl aber der einzelne Christ im konkreten geschichtlichen Dasein bedarf des Humanismus. Denn er soll seinen Glauben im tätigen Leben in der Welt bewähren im Wirken der Liebe; er soll im Dienste Gottes die Welt beherrschen. Und dazu bedarf er des Humanismus, der die Welt beherrschbar macht, indem er sie

durch die Wissenschaft erhellet, ihre Kräfte erkennen und sie in den Dienst der menschlichen Arbeit stellen lehrt, indem er die Ordnungen der menschlichen Gemeinschaft durch das Recht ausbildet, indem er durch die Kunst den Menschen die Ruhe der Besinnung, die Erquickung der Freude und geistige Zucht schenkt. So stehen Humanismus und Christentum zusammen gegen den modernen Relativismus und Nihilismus und gegen alle Inhumanität.“

VI.

Zur Charakterisierung der gesellschaftlichen Situation in Westdeutschland verwendet das Nationale Dokument u. a. den Begriff des politischen Klerikalismus. Die deutschen Imperialisten bereiteten den zweiten Weltkrieg mit Hilfe der faschistischen Rassenideologie vor. Ihre Niederlage in diesem Krieg hat diese Ideologie diskreditiert. Zur geistigen Untermauerung ihrer in Westdeutschland nach 1945 wiedergewonnenen Machtpositionen schien ihnen diesmal das Christentum am besten geeignet. So entwickelten sie die Theorie von der Verteidigung des christlichen Abendlandes gegen den „gottlosen Kommunismus“.

Um von der Hauptfrage der Gegenwart: Krieg oder Frieden abzulenken, deklarierten sie, daß der Gegensatz zwischen Christen und Marxisten, zwischen Gläubigen und Ungläubigen das Hauptmerkmal unserer Zeit sei. Kommunisten galten als Menschen minderen Wertes. Die Zusammenarbeit mit ihnen sei der größte Makel für einen Christen. Auf diese Art und Weise wurde der christliche Glaube zum Hauptkampfmittel im kalten Krieg gegen den Sozialismus. Unter den gesellschaftlichen Bedingungen Westdeutschlands entwickelte sich der Mißbrauch christlicher Aussagen und Worte in einem Umfang, wie ihn die Geschichte noch nie erlebt hat. Das gilt für beide große Konfessionen.

Die katholische Kirche formuliert z. B. für jeden Monat eine sogenannte „Allgemeine Gebetsmeinung“, mit deren Hilfe sie die Gläubigen auf die jeweils wichtigen kirchlichen Anliegen aufmerksam macht. Für den November 1959 lautete diese „Allgemeine Gebetsmeinung“: „Den Bemühungen des Kommunismus um die Weltrevolution möge der Erfolg versagt bleiben.“ Die offiziöse katholische „Herder-Korrespondenz“ kommentiert diese Gebetsmeinung zunächst mit dem Ausdruck ihrer Sorge darüber, daß „viele Menschen über den schwebenden Gipfelgesprächen der Mächtigen vergessen könnten, daß der atheistische Kommunismus auf sein erklärtes

Ziel, die Weltrevolution, keineswegs verzichtet hat“. Die „mangelnde Erkenntnis der Verkehrtheit des atheistischen, den Menschen entwürdigenden, sein göttliches Ebenbild zerstörenden Materialismus“ leiste der Erreichung dieses „Zi-les“ Vorschub. Der Kommentator tröstet damit, daß „der Osten noch nicht der unbestrittene Herrschaftsbereich des Satans“ sei. Er fordert die katholischen Gläubigen auf, „die kommunistische Weltrevolution niederzubeten“.

Fast zur gleichen Zeit hat der Westberliner evangelische Bischof Dibelius nach seiner „Obrigkeits“-Flugschrift eine zweite Broschüre im Selbstverlag drucken lassen. Sie enthält „Drei Interviews“, von denen das letzte ein „Interview mit mir selbst“ ist. Hier beantwortet Bischof Dibelius die selbst-gestellte Frage nach dem, was er in seinem Alter noch zu tun beabsichtige, u. a. so:

„Und dann ist mir im letzten Jahrzehnt noch etwas anderes zugefallen, was ich nicht abschütteln kann. Das ist das, daß ich der evangelischen Kirche in Deutschland klarzumachen habe, daß jetzt für sie ein Kampf auf Leben und Tod begonnen hat. Der Atheismus, der vom Osten her vorstößt und sich mit dem Geist der Verweltlichung verbindet, der durch ganz Europa hindurchgeht, kommt über uns wie eine Sturmflut.“

In seinem im Westberliner „Tag“ vom 1. Januar 1961 ver-öffentlichten „Überlegungen zum Jahresanfang“ propagiert der gleiche Kirchenmann diesen Kampf gegen den Atheismus Hand in Hand mit der katholischen Kirche. Er schreibt, in Deutschland habe ein neues Klima im Verhältnis der beiden großen Kirchen, der evangelischen und der katholischen, Platz ergriffen.

„Der gemeinsame Kampf gegen den politischen Atheismus des Ostblocks schließt die Kirchen zusammen und läßt Streitigkeiten, wie sie früher an der Tagesordnung waren, zurück-treten.“

Bischof Dibelius weiß genau, daß es dabei nicht um eine weltanschauliche Auseinandersetzung geht, sondern um einen Kampf, den die „christlichen“ Politiker in Bonn notfalls mit Atomwaffen führen möchten. Die Politiker haben ihre aggres-siven Absichten nie verschleiert. Im September 1953 sagte Konrad Adenauer:

„Unser Ziel ist die Befreiung unserer 18 Millionen Brüder und Schwestern in den Ostgebieten. Bis jetzt hat man immer von der Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen. Wir soll-ten lieber sagen: Befreiung.“

Am 15. November 1954 sagte der gleiche Mann auf einer Kundgebung in Limburg:

„Wir sind auf dem Wege, die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt die entsprechende Stärke erreicht haben wird.“

Und Franz-Josef Strauß rief am 11. 11. 56 in Hollfeld aus:

„Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die ver-einigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu kön-nen.“

Auf einer Wahlversammlung in Flensburg sagte der christ-lich-demokratische Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Kai-Uwe von Hassel:

„Ich sage Ihnen, wir werden Panzer haben, wir werden Bomben haben, wir werden Torpedis haben, und wir werden uns den nötigen Respekt von der Sowjetunion erzwingen.“

Das hat unser Volk schon einmal gehört. Das ist die Sprache der deutschen Faschisten. Nur kommt sie diesmal aus dem Munde von Männern, die sich Christen nennen und denen einflußreiche Kreise beider Kirchen in Westdeutschland den kirchlichen Beistand für diese Politik nicht versagen.

Im Gegenteil, die Evangelische Kirche in Deutschland hat mit Politikern, die dies erklärt haben, offen und feierlich einen Militärseelsorge-Vertrag abgeschlossen, der im Effekt nichts anderes sein konnte als die Unterstützung jener aggres-siven Politik des wiedererstandenen Imperialismus.

Welche Dimension des Mißbrauchs des christlichen Glau-bens damit eröffnet ist, macht der Bericht deutlich, den Pfar-erer Holmer Gertz am 10. Oktober 1960 vor dem Norderdith-marscher Pastorenkonvent über seine Teilnahme am ersten Öffentlichkeitslehrgang mit Pastoren an der „Schule für Innere Führung der Bundeswehr“ gegeben hat. Pastor Gertz beginnt seinen Bericht folgendermaßen:

„Wenn man die ‚Schule für Innere Führung der Bundes-wehr‘ betritt, gewahrt man in dem großen Flur an der Wand den Wahlspruch des Hauses:

„Gott gebe mir die Gelassenheit,
Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann,
Den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann,
Und die Weisheit, das eine von dem anderen zu unterscheiden.“

Darunter die Anmerkung:

„Von dem schwäbischen Pietisten Christoph Friedrich Oetting-er, geb. 1702 in Göppingen, gest. 1782. Zitiert durch General Speidel bei einem Vortrag vor der Schule.“

Es grenzt beinahe an Blasphemie, fromme Worte aus dem Munde eines Mannes zu hören, der vor 1945 die Befehle Hitlers weitergegeben hat und heute die NATO auf Bonner Kurs bringen soll. In dem Vortrag heißt es dann weiter:

„Der Dienst der Kirchen am Soldaten wird also von der Bundeswehr selber verstanden als ‚psychologische Rüstung im Kampf gegen den Weltkommunismus‘. Der Lebenskundliche Unterricht des Pfarrers soll den Soldaten kampftüchtiger machen. Glaube und Frömmigkeit gelten als Tugenden, die die Kampfkraft des Soldaten und die Schlagkraft der Truppe erhöhen.“

Pastor Gertz gibt ausführlich ein Gespräch mit einem Oberstleutnant Karbe wieder. Dieser Bundeswehroffizier sagt:

„Der Soldat mit getröstetem Gewissen ist der bessere Soldat! Für uns ist der Lebenskundliche Unterricht ein wertvoller Beitrag zur Festigung des Soldaten. Der Soldat muß wissen, wofür er kämpft. Das Ziel unserer Arbeit in der Inneren Führung ist der psychologisch gerüstete Einzelkämpfer. Der Lebenskundliche Unterricht soll Stützen geben im Zweifel und eine Basis vermitteln, von woher der Soldat kämpfen kann.“

„Zur Frage des Bruderkrieges sagte Karbe: ‚Für den Christen besteht diese Frage nicht in dem Maße wie für andere. Statt Blutsbrüder hat der Christ Glaubensbrüder.‘ Und zu der Frage, ob die Bundeswehr nicht durch ihre NATO-Bindung z. B. in den Algerienkrieg verwickelt werden könne: ‚Ich persönlich wäre bereit, auch den Algerienkrieg mitzumachen. Die Freiheit wird nicht nur in der Bundesrepublik verteidigt.“

Im Blick auf solche Aussagen ist es keineswegs eine propagandistische Überhöhung, wenn wir von Ultras in Bonn und OAS-Leuten in der westdeutschen NATO-Armee sprechen. Es trifft genau den Tatbestand.

Nach seiner Haltung gegenüber Atomwaffen befragt, sagt dieser Offizier:

„Ich persönlich und andere Offiziere haben die Atomfrage noch nie in der Bundeswehr erlebt als Frage ‚ob‘, sondern nur als Frage ‚wie‘. Ich bin überzeugt: wir brauchen Atomwaffen.“

Es rundet nur dieses wahrhaft erschütternde Bild ab, wenn Dekan Mutius — nach dem Bericht von Pfarrer Gertz — kommentiert:

„Natürlich ist niemand zum Wehrmachtspfarrer geeignet, der die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen ablehnt. Ebensowenig wie jemand Studentenfarrer sein könnte, der grundsätzlich gegen das Studieren ist.“

Wie diese erschreckenden Beispiele beweisen, ist es den herrschenden Kräften in Westdeutschland weithin gelungen, auf der Grundlage des weltanschaulichen Gegensatzes zwischen Christentum und Marxismus einfache Christen für eine gewisse Unterstützung ihrer verbrecherischen Ziele zu gewinnen. Es gibt allerdings zahlreiche Christen, die immer klarer erkennen, welche große Bedrohung des christlichen Glaubens diese Verquickung von Evangelium und Atombombe bedeutet. Die Zahl der Christen wächst, die in Solidarität mit Nichtchristen gegen die gefährliche Politik Bonns Front machen und die in und mit dieser Solidarität gleichzeitig ein Zeugnis ihres Glaubens ablegen.

Im Juli 1960 tagten in Heidelberg einige linke Gruppen der Kirchlichen Bruderschaften. Sie verabschiedeten eine vielbeachtete und von Bonn heftig kritisierte Erklärung, aus der hier einige Sätze zitiert werden sollen:

„Die Christen sind wie alle Staatsbürger dazu berufen, an den Aufgaben der Staatswesen in den beiden Teilen Deutschlands verantwortlich mitzuarbeiten und hüben wie drüben ‚der Stadt Bestes zu suchen‘. Es wäre für sie verantwortungslos, obrigkeitliche Personen deshalb abzulehnen, weil sie sich als Atheisten bezeichnen. Ebenso verantwortungslos wäre für sie ein kritikloser Gehorsam, der sich darauf beruft, daß die Regierenden Christen seien. Christen können sich in der besonderen Gefahr befinden, ihre gesellschaftlichen Privilegien und die althergebrachten Vorrechte der Kirche als schlechthin gottgewollt anzusehen und also zu meinen, deren Verteidigung sei die notwendige Bewahrung ihres Glaubensgehorsams. Ihre Verkündigung des Reiches Gottes und ihr eigenes ewiges Heil hängt aber nicht daran, daß sie behalten, was ihre Vorfahren und sie selbst einmal besaßen. Christus, ihr Herr, hat sie dazu frei gemacht, die Güter der Welt zu haben, als hätten sie sie nicht. Das bedeutet heute: Sie sind dazu frei, sowohl in der westlichen wie in der östlichen Welt dem Evangelium zu leben.

Sie sind dazu frei, ihre bürgerliche und ihre besondere christliche Verantwortung auch in der östlichen Welt wahrzunehmen, sich in deren politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche Gegebenheiten oder Veränderungen einzuordnen und z. B. als Mitglieder von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und volkseigenen Betrieben ihr Christsein zu bewähren.

Sie sind davon befreit, im Osten oder Westen den kalten Krieg und die Hetze gegen andere Staaten und Völker mitzumachen, und lehnen darum auch die Nichtanerkennung der Deutschen Demokratischen Republik als eine Maßnahme des

kalten Krieges ab. Von der Schrift her gibt es keine Gründe, einer wechselseitigen staatsrechtlichen Anerkennung der beiden deutschen Teilstaaten in den Weg zu treten.“

Ein Jahr danach, im August 1961, wurde in München die sogenannte „Humanistische Union“ gegründet. Initiator dieser Union ist der durch sein Buch über die „Zukunft des Unglaubens“ bekannt gewordene Atheist Gerhard Szczesny. In ihr haben sich Christen und Nicht-Christen zusammengefunden, die gegen den in Westdeutschland herrschenden „weltanschaulichen Totalitarismus“ ankämpfen wollen. Die „Werkhefte katholischer Laien“ rufen Katholiken zum Beitritt in die „Humanistische Union“ auf. Sie schreiben:

„Wir Katholiken sind nach 12 Jahren Bundesrepublik nicht mehr so unschuldig, wie wir es vielleicht im Jahre 1949 waren, die konkrete gesellschaftliche Entwicklung und die dadurch eingetretene Gefährdung der demokratischen Grundlagen unserer Republik ist zu sehr mit dem Machtgewinn des Katholizismus verquickt. Dadurch, daß Katholiken nun solidarisch mit Nicht-Christen diesen Tendenzen entgegenarbeiten, werden sie zwar nicht die Unschuld des Ursprungs zurückgewinnen können, aber die Mitschuld an der schlechten Entwicklung unserer Gesellschaft würde positiv produktiv gemacht, hätte eine Chance der ‚Bewältigung‘. Wir meinen, daß die ‚Humanistische Union‘ unter anderem auch das Angebot dieser Chance ist.“

Hier wird wieder von einer anderen Seite her der Grundgegensatz zwischen den beiden deutschen Staaten offenbar: In Westdeutschland ist das Christentum gleichsam Staatsreligion. Der christliche Glaube wird aber in einem Maße politisch mißbraucht, daß seine Substanz aufs tiefste bedroht ist. Krasser Ausdruck dieser Verkehrung des evangelischen Ansatzes ist die Tatsache, daß der Christ in einen unüberbrückbaren Gegensatz zum Nicht-Christen hineingezwungen werden soll.

Die Deutsche Demokratische Republik ist ein bewußt weltlicher Staat. In ihm sind die gesellschaftlichen Wurzeln für den politischen Mißbrauch des Christentums beseitigt. In ihm kann der Christ in einer bisher noch nicht dagewesenen Weise seinen Glauben in der Solidarität mit Nicht-Christen bezeugen.

Es kommt alles darauf an, daß wir Christen in der Deutschen Demokratischen Republik erkennen, welche historische Chance uns heute und hier zu einer ganz neuen Praktizierung unseres Glaubens gegeben ist, und daß wir diese Chance durch unsere Haltung und Tat auch wahrnehmen.

Natürlich verliert die Kirche viele gesellschaftliche Privilegien, die ihr frühere Gesellschaftsordnungen aus durchsichtigen Gründen gewährten und die man ihr heute noch in Westdeutschland aus den gleichen Gründen gewährt. Prof. D. Hermann Diem hat vor zwei Jahren in einem Rundfunkvortrag folgendes über die kirchliche Situation in Westdeutschland gesagt:

„Im dritten Reich wehrten wir uns dagegen, als Kirche in ein Ghetto abgedrängt zu werden. Jetzt sitzen wir in einem goldenen Käfig, im hellsten Rampenlicht der Öffentlichkeit, nicht nur toleriert, sondern angeblich aufs höchste respektiert und von der Gesellschaft so großzügig ausgehalten, daß wir uns fast jede Ausweitung unseres kirchlichen Apparates leisten können. Nur heraus dürfen wir aus diesem goldenen Käfig freilich nicht. Das wäre gegen die Spielregeln dieser superkonstantinischen Harmonie von Kirche und Welt. Wir dürfen gerne unsere Moralreden zum Fenster hinaus halten, die weiter niemand stören – etwa gegen das Faschingstreiben oder die Sonntagsentheiligung oder die Genußsucht – und die sogar erwünscht sind, weil sie uns das gute Gewissen verschaffen, daß wir doch nicht lauter Materialisten sind. Aber wirklich stören dürfen wir diese Harmonie durch unsere Verkündigung nicht, sondern letzten Endes haben wir eben hinterher christlich zu sanktionieren, was Staat und Gesellschaft auch ohne uns ohnehin tun.“

Das ist der Kehrreim allen Staatskirchentums gewesen, daß die Kirche hinterher christlich zu rechtfertigen hatte, was der Staat ohne sie ohnehin getan hatte. Genau besehen ist das kein Verlust, sondern eine Befreiung für die Kirche, wenn das heute von ihr keiner mehr verlangt. Der Sozialismus bedarf keiner theologischen Rechtfertigung und Begründung, und er verlangt deshalb eine solche Begründung auch nicht. Für ihn sprechen politische Vernunft und gesellschaftliche Erfahrung.

Wenn so Christen im Sozialismus einerseits aus einer falschen Bindung an den Staat entlassen werden, so gewinnen sie andererseits eine ganze Dimension ihrer christlichen Existenz völlig neu: die Dimension des Dienstes an und in der Gesellschaft in der Solidarität mit Nichtchristen. Es versteht sich von selbst, daß die politische Gemeinsamkeit von Christen und Marxisten keine spannungslose Gemeinsamkeit ist. Selbst wenn beide Seiten sich bemühen, das Verbindende in den Vordergrund zu stellen – es bleibt der durch nichts zu überbrückende Unterschied zwischen dem christlichen Glauben und dem marxistischen Atheismus. Die Erfahrung zeigt,

daß diese Tatsache die Gemeinsamkeit gerade sehr fruchtbar machen kann und fruchtbar macht.

Auch der Marxist bejaht diese Gemeinsamkeit, indem er gleichzeitig die ideologische Koexistenz, das heißt jeden Synkretismus von Marxismus und Christentum ablehnt. In diesem Sinne bedeutet für ihn solche politische Gemeinsamkeit keineswegs nur eine Taktik. Unter Bezugnahme auf seinen Satz in der Programmativen Erklärung des Staatsrates vom 4. Oktober 1960, daß das „Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus keine Gegensätze“ seien, erklärt der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, in seinem Gespräch mit Prof. Emil Fuchs und den anderen Theologen, die ihm am 9. Februar 1961 einen Besuch abstatteten:

„Ich möchte Ihnen sagen: Für uns sind die Worte in der Erklärung des Staatsrates kein taktischer Schachzug. Ich bin froh, Ihnen ganz offen sagen zu können, daß wir in einer nunmehr schon 15jährigen Zusammenarbeit — wobei es natürlich auch Auseinandersetzungen und vielleicht auch manches Mißverständnis gegeben hat — die Mitarbeit des christlichen Teiles der Bevölkerung, christlicher Politiker und mancher Theologen und kirchlicher Amtsträger in dem Ringen um Frieden und den Aufbau eines dem Frieden und dem Glück der Menschen dienenden deutschen Staates, unserer Deutschen Demokratischen Republik, sehr schätzen gelernt haben. Und ich bin froh, immer wieder feststellen zu können, daß auch beim Aufbau des Sozialismus überzeugte Christen nicht nur ihren Mann stehen, sondern vielfach eine ganz hervorragende und aktive Rolle spielen, die von uns geschätzt und anerkannt wird.“

An diesen Feststellungen sind zwei Dinge wichtig:

1. Die Zusammenarbeit mit Nichtmarxisten und speziell mit Christen gehört zu den politischen Grundprinzipien unserer marxistischen Freunde. Es ist noch viel zu wenig bekannt, daß die politischen Grundlagen für die Gemeinsamkeit von Marxisten und Christen nicht nur in den KZ und Zuchthäusern des deutschen Faschismus, sondern auch im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ gelegt wurden. Im Juni 1944 führte dieses Komitee eine Tagung mit Pfarrern und Theologen durch, auf der der Präsident des Komitees, der marxistische Dichter Erich Weinert, eine Rede hielt. Darin sagte er:

„Wenn die verfolgte Kirche sich gegen die Anfeindungen und Bedrückungen durch die Götzendiener Hitlers zur Wehr setzt, so ist das ein gerechter Krieg, der auch die volle Sympathie aller nichtchristlichen Antifaschisten hat, noch mehr:

sie betrachten diese ecclesia militans als Bundesgenossen und Waffenbrüder im Kampf um die Freiheit. Wir sind daher der tiefen Überzeugung, daß diese kämpferische Gemeinschaft sich auch im künftigen Deutschland als unzerstörbares Bündnis erweisen wird, das die Achtung des einen vor dem anderen in sich schließt.

Der christlich gesinnte Teil unseres Volkes und seiner Kirchen will heute aber auch Klarheit darüber haben, welche Stellung die Kirche im demokratischen Deutschland einnehmen wird und welche Rechte und Freiheiten ihr zugesichert werden können. Im Namen des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘ kann ich Ihnen darauf antworten, daß wir treu zu den Grundsätzen unseres Manifestes stehen, in welchem es heißt: ‚Wiederherstellung und Erweiterung der politischen Rechte und sozialen Errungenschaften der Schaffenden, Freiheit des Wortes, der Presse, der Organisationen, des Gewissens und der Religion.‘ Diese Freiheiten sollen uns als unantastbar und heilig gelten.

Daß es aber zu einer wahrhaften Demokratie komme, in welcher allein diese Rechte und Freiheiten gegeben und geschützt werden können, setzt voraus, daß unser Volk sich diese Demokratie erkämpfe. Freiheiten und Rechte sind einem Volk noch niemals in den Schoß gefallen. Es soll aber auch nicht so sein, daß der eine Teil des Volkes für den anderen Teil seine Rechte miterkämpft und sie ihm zum Geschenk macht. Das heißt: auch für die Kirche wird die Frage stehen, ob sie nur Forderungen an die Zukunft stellt, ohne bereits eine unzweideutige Stellung bezogen zu haben, oder ob ihr Anspruch auf die Glaubensfreiheit durch den Kampf an der Seite des ganzen Volkes legitimiert wird. Allein darin wird die volle Garantie dafür liegen, daß der demokratische Staat als Vollstrecker des Volkswillens die kirchlichen Einrichtungen und die Freiheit ihrer Lehre vor Übergriffen schützt. Wenn die Kirche sich jedoch der Erhebung des Volkes gegen Hitler entgegenstellt, so wird sie auf solche Garantien nicht rechnen können.“

2. Das andere ist in den letzten Sätzen von Erich Weinert schon angeklungen. In welcher Weise die politische Zusammenarbeit von Marxisten und Christen Wirklichkeit wird, hängt nicht allein von den Marxisten, sondern hängt in entscheidendem Maße davon ab, ob und wie Christen dieses Angebot zur Gemeinsamkeit annehmen, ob und wie sie bereit sind, Lehren aus der deutschen Geschichte zu ziehen und der verhängnisvollen Vergangenheit den Abschied zu geben, ob und inwieweit ihnen Frieden und Menschlichkeit echte Anliegen sind.

Walter Ulbricht hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die übergroße Mehrheit der Christen in der DDR diese Fragen mit ihrer Arbeit, mit der Übernahme politischer Verantwort-

tung, mit ihrem Einsatz für Frieden und Sozialismus klar beantwortet haben. Sie haben damit für die Perspektive der christlichen Existenz im Sozialismus und für die Vertiefung der Gemeinsamkeit mit unseren marxistischen Freunden mehr getan als die meisten Kirchenleitungen.

Während in allen anderen sozialistischen Staaten die Protestanten nur kirchliche Minderheiten darstellen, wurde in der Deutschen Demokratischen Republik zum erstenmal eine große evangelische Volkskirche angesichts der sozialistischen Gesellschaftsordnung vor das Problem einer theologischen und gesellschaftlichen Neubesinnung gestellt. Wir können nur wünschen, daß die Kirche in den Ursprungsländern der Reformation die Stunde der Entscheidung, in die sie gestellt ist, recht erkennt, daß sie sich nicht durch die Vergangenheit den Blick auf neue Möglichkeiten und Wege verstellen läßt.

Sie sollte sich dabei immer bewußt sein, daß von ihrer Entscheidung nicht nur für sie selbst, sondern für die gesamte Weltchristenheit viel abhängt. Ich habe immer wieder die Erfahrung gemacht, daß ausländische Kirchenmänner, nach einem Besuch unserer Republik nach ihren nachhaltigen Eindrücken befragt, erklären: Für das Wichtigste und Bedeutendste in unserem Leben halten sie die brüderliche Zusammenarbeit, wie sie hier zwischen Marxisten und Christen praktiziert würde. Die Erfahrungen, die auf diesem Gebiete bei uns gewonnen würden, erhielten im Blick auf die Weiterentwicklung unserer Welt eine immer größere Bedeutung.

Der afrikanische Professor Dr. Christian Baëta von der Universität Accra in Ghana, bis zur III. Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi Präsident des Internationalen Missionsrates, schrieb mir vor einigen Monaten einen Brief, in dem er auf seine Reise durch die DDR im November 1960 eingeht: „Ich kann meine Gefühle der Verpflichtung und Dankbarkeit“, schreibt der bekannte Theologe, „für alles, das Sie getan haben, um mir Einblick zu geben in die Bedingungen, Probleme und Möglichkeiten der christlichen Kirche, in der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu leben, kaum hinreichend ausdrücken. Ich habe einen großen Teil gelernt, was — so glaube ich — für uns selbst hier sehr wichtig ist im Hinblick auf die Erklärung unserer eigenen Regierung, daß von nun an unser Land in zunehmendem Maße ein Leben nach dem Muster der sozialistischen Staaten annehmen wird.“

Auch die Klarheit über die ideologische Position bei der Gegenüberstellung der christlichen und atheistischen Sicht hat mir sehr geholfen. Die Menschheit muß zusammenleben und

gemeinsam ein gesundes Verhältnis zum gegenseitigen Vorteil aufbauen, und die Pionierarbeit, die dafür in Ihrem eigenen Land geleistet wurde, wird eine Lehre für uns hier sein, wenn — wie es in der modernen Welt vielleicht unvermeidbar ist — ein beträchtlicher Teil unserer eigenen Bevölkerung den Glauben an Gott verloren hat.“

Ich komme auf das Nationale Dokument zurück. Ich hoffe, es ist mir gelungen, Ihnen deutlich zu machen, vor welchen Entscheidungen wir alle heute stehen, ob Christen oder Nichtchristen. Ich hoffe, Sie sehen mit mir in diesem Dokument eine Herausforderung an uns Christen zum kritischen Überprüfen unserer Vergangenheit, zur rechten Entscheidung in der Gegenwart, um so zur Gewinnung einer friedlichen Zukunft beitragen zu können.

„Hier in der Deutschen Demokratischen Republik“, heißt es im Nationalen Dokument, „wird das Gesicht der Zukunft ganz Deutschlands geformt.“ Ich bin der festen Überzeugung, daß, wer für diese Zukunft Partei nimmt, sich auch als Christ für den Dienst am Bruder entscheidet.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatesrates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit

- 71 Siegfried Welz: Kubas Weg in die Freiheit
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn — Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland. — Die Kirche und das Nationale Dokument
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland

Verkaufspreis 0,50 DM — Doppelheft 1,— DM